

Europäische Integration am Scheideweg?

Eine kritische Würdigung des EuroMemorandums 2012

Nico Fehlen

Vor mehr als drei Jahren läutete die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers die größte Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts ein. Während die weltweite Konjunktur sich noch immer nicht komplett erholt hat, durchläuft die Europäische Union seit zwei Jahren eine tiefgreifende Krise ihres Währungssystems. Die sogenannte Euro-Krise begann mit der Abwertung der Rating-Noten Griechenlands und der daraus resultierenden immer größeren Schwierigkeiten dieses Landes, seine Schulden zu refinanzieren. Der Umstand, dass mittlerweile selbst dem Kern der Währungsunion eine Abwertung droht und immer weitere Staaten mit horrenden Zinsaufschlägen konfrontiert sind, zeigt, dass diese Krise eine gesamteuropäische und nicht nur eine einzelner Mitgliedsstaaten ist.

Für die Ökonomen des Netzwerkes sind die Staatsschulden nicht primäre Ursache der jetzigen Euro-Krise, sondern vielmehr Ergebnis tiefer liegender makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion [...]

Sowohl in der Analyse der Euro-Krise als auch in den Vorschlägen zu deren Bewältigung bedienen sich Regierungschefs der noch immer quasi hegemonialen Schlagkraft einer vulgären Neoklassik. Für sie ist die Staatsverschuldung allein auf schlechtes Wirtschaften des Staates zurückzuführen und die Antwort ist demnach in einer stärkeren juristischen Verankerung von Haushaltsdisziplin zu suchen. Gerade bei den komplexen wirtschaftspolitischen Zusammenhängen innerhalb der Euro-Zone fällt es noch schwerer, dieser Einheitsmeinung des Mainstreams zu widersprechen. Die Aussagen von führenden Regierungschefs werden von der berühmten TINA-Formel („there is no alternative“) begleitet. Einer der Akteure, der dieses Denken schon seit längerem hinterfragt und ihm konkrete Alternativen entgegensetzt, ist die EuroMemo-Gruppe.

Die EuroMemo-Gruppe ist ein europäisches Netzwerk von ÖkonomInnen¹, das sich für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa einsetzt. Ihre Gründung 1995 geht auf die Initiative des deutschen Ökonomen Jörg Huffs Schmid zurück, der zuvor schon im Jahre 1975 die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Deutschland mitgegründet hatte. Die EuroMemo-Gruppe arbeitet als loses Netzwerk, welches sich jährlich Ende September trifft, um ihre Analyse und Kritik zu diskutieren, die dann in Form des EuroMemorandums erscheint. Das Ende dieses Jahres erschienene EuroMemorandum bietet eine gute Möglichkeit, sich eingehender mit den verschiedenen Aspekten der Euro-Krise zu beschäftigen.

An dieser Stelle sollen anhand des aktuellen EuroMemorandums folgende Aspekte kritisch beleuchtet werden: der Aufbau der europäischen Währungsunion, die Sparpolitiken als Reaktion auf die Staatsverschuldung und die Rolle der Banken in der aktuellen Krise.²

Europäische Koordination der Wirtschaftspolitik statt deflationäre Haushaltsdisziplin

Ein Ausgangspunkt der Kritik der EuroMemo-Gruppe an der aktuellen Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist die unterschiedliche

Nico Fehlen studiert Politikwissenschaft an der Uni Freiburg und am Institut d'Études Politiques d'Aix-en-Provence. Im Sommer nahm er an der Sommerschule der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik in Bielefeld teil.

Bewertung der Staatsschulden. Denn für die Ökonomen des Netzwerkes sind die Staatsschulden nicht primäre Ursache der jetzigen Euro-Krise, sondern vielmehr Ergebnis tiefer liegender makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU), die dann durch die Rezession und durch die wegen der Bankenrettungen gestiegene Staatsverschuldung verstärkt wurden.

Die makroökonomischen Ungleichgewichte meinen vor allem die großen Unterschiede in der Außenhandelsbilanz der Mitglieder der EWU. Denn durch die Einführung des Euros konnten Währungsabwertungen nicht mehr zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der schwächeren Staaten der Peripherie (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, aber auch Irland) eingesetzt werden. Deutschland nutzte diese neue Situation, um die Wettbewerbsfähigkeit seiner Exportindustrie durch eine konsequente Lohnmoderation zu erhöhen. In der Folge erwirtschaftete die Bundesrepublik seit der Einführung des Euros immer höhere Außenhandelsüberschüsse. Die Überschüsse des einen sind jedoch die Defizite des anderen, und so verschuldeten sich je nach Situation die privaten Haushalte (z. B. Spanien) oder der Staat (Griechenland), um das Außenhandelsdefizit zu finanzieren. Diese Verschuldung wurde durch die tiefen Zinsen für alle begünstigt. Wenn also die Unterschiede in der Staatsverschuldung nicht einfach nur auf die haushaltspolitischen Kompetenzen oder Präferenzen der Regierungen zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Löhne und dadurch der Außenhandelsbilanzen, dann erscheinen die angestrebten Lösungen der letzten europäischen Gipfel mehr als zu kurz zu greifen.

So kritisiert das EuroMemorandum, dass der im März 2011 beschlossene Euro-Plus-Pakt eine reine Erweiterung des gescheiterten Stabilitäts- und Wachstumspakts darstellt. Tatsächlich beschränkt der Euro-Plus-Pakt sich weiterhin hauptsächlich auf die öffentliche Verschuldung, die nun noch stärker überwacht und eingeschränkt werden soll. Die aktuellen Pläne, die deutsche Schuldenbremse in die Verfassung aller europäischen Staaten einzuschreiben, wäre ein noch weitergehender Schritt in diese Richtung. Des Weiteren sieht der Euro-Plus-Pakt zwar vor, eine „begrenzte Zahl ökonomischer und finanzieller Indikatoren“ zur Überwachung der Wirtschaftsleistung der verschiedenen Mitglieder der EWU zu berücksichtigen, doch bleibt hierbei wiederum die Frage der Unterschiede in der Lohnentwicklung unberücksichtigt. In den schlechten Wachstumsprognosen für das nächste Jahr sehen die Ökonomen der EuroMemo-Gruppe das Scheitern dieser Architektur, die auf die wachstumsfördernden Aspekte deflationärer Politik setzt.



Occupy Wall Street © Csxmoose

Deshalb fordern die Verfasser und Unterstützer des EuroMemorandums auch, dass die EWU durch eine Fiskalunion und eine Koordinierung der Lohnpolitik erweitert wird. Dabei sollte die Lohnentwicklung mindestens der Produktivitätssteigerung und dem entsprechenden Inflationsziel folgen. Dadurch wird sich mittelfristig eine Konvergenz der Löhne erhofft statt einer deflationären Spirale nach unten. Um gleichzeitig gegen die Unterschiede der Außenhandelsbilanzen vorzugehen, sollte der „Musterschüler“ Deutschland seine Löhne stärker als den Anstieg der Produktivität inklusive Inflationsziel anheben. Zudem wird mittelfristig eine europaweite Arbeitszeitverkürzung gefordert. Als strategisches Ziel wird die Anzahl von 30 Wochenarbeitsstunden genannt.

Nachhaltiger Umbau durch öffentliche Investitionen statt Sparpolitik

Neben dieser strukturellen Kritik beanstanden die Verfasser und Unterstützer des EuroMemorandums vor allem die Sparpolitik, die von der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Bedingung für Hilfskredite verlangt wird. Denn als Gegenleistungen für die Hilfskredite an Griechenland, Irland und Portugal zur Refinanzierung ihrer Staatsschulden verlangen EU und IWF von diesen Sparpakete, die aus den „Klassikern“ der Angebotsfixierten Wirtschaftspolitik bestehen: Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktderegulierung und Marktliberalisierung. Die Konsequenz dieser Sparpolitik

In den schlechten Wachstumsprognosen für das nächste Jahr sehen die Ökonomen der EuroMemo-Gruppe das Scheitern dieser Architektur, die auf die wachstumsfördernden Aspekte deflationärer Politik setzt.

ist eine Verschärfung der Krise in den Staaten: Seit Anschlag der Sparprogramme fiel die Wirtschaftsleistung in Griechenland um 10 %, in Irland im Zeitraum von 2007-2010 um 10 % und in Portugal von 2008-2011 um 6 %. Zudem sind auch negative soziale Entwicklungen von steigender Arbeitslosigkeit bis zu steigenden Kriminalitäts- und Suizidraten zu verbuchen. Die Arbeitslosenraten von 10,2 % für September 2011 in der EWU verschleiern dabei die nochmals prekärere Situation von Frauen und Migranten.

Auf struktureller Ebene riskiert die Sparpolitik die weiter oben beschriebenen Ungleichgewichte innerhalb der EWU noch zu verstärken. Denn durch die Sparpolitik wird die Desindustrialisierung weiter gefördert und somit wird die eh schon importzentrierte Peripherie noch abhängiger vom exportzentrierten Zentrum. Diese strukturellen Unterschiede werden auch in der Varianz der Arbeitslosenraten sichtbar. Diese reichen im September 2011 von beispielsweise 23 % und 18 % in Spanien und Griechenland bis zu 3,9 % und 4,5 % in Österreich und den Niederlanden.

Anstatt sich aus der Krise rauszusparen, fordern die Ökonomen der EuroMemo-Gruppe eine europäische Wachstumsstrategie. Zu dieser soll ein europäisches Budget, das 5 % des europäischen BIP ausmachen soll, gehören. Zudem sollen die exportzentrierten Volkswirtschaften des Zentrums die Wirtschaft durch eine Stärkung der internen Nachfrage ankurbeln. Durch die europäische Investmentbank soll ein nachhaltiges Investitionsprogramm für die Peripherie bereitgestellt werden, dieses soll somit sowohl eine Grundlage für Wirtschaftswachstum in den schwächeren Staaten schaffen, als auch zum ökologischen Umbau der EU beitragen. Finanziert werden soll dieser fiskale Schock durch eine Umgestaltung der Steuersysteme hin zu mehr Umverteilung und Steuergerechtigkeit.

Die Vorschläge des EuroMemorandums gehen jedoch noch über eine rein öffentliche Investitionspolitik hinaus. Denn der öffentliche Sektor soll durch den Ausbau eines über öffentliche Transfers finanzierten Sozialstaats gestärkt werden. Dieser soll darüber hinaus durch den Ausbau eines gemeinwohlorientierten dritten Sektors ergänzt werden (Stichwort Genossenschaften).

Ein strikt regulierter Finanzsektor

Beim Umbau des öffentlichen Sektors sollte jedoch nicht die Rolle des Finanzsektors und der Banken vergessen werden. Einerseits ist die Finanzkrise u. a. auf die Aufblähung eines deregulierten Finanzsek-

tors zurückzuführen, andererseits geraten die Banken durch die Situation der überschuldeten Staaten nun ein weiteres Mal ins Wanken. Doch angesichts dieser Herausforderungen bleiben die Reformen des Finanzsektors sehr zögerlich.

Zwar verabschiedete das Europäische Parlament im Juli 2011 den Entwurf für eine Regulierungsbehörde für den Europäischen Derivatehandel (EMIR), doch konnte der Finanzsektor durch gezielten Lobbyismus die Schlagkraft dieser neuen Regulierung minimieren. Gleiches gilt für die Umsetzung der Basel III-Richtlinien, die den Bedarf an Eigenkapitaldeckung der Banken erhöhen sollten, und die stärkere Regulierung der Banken allgemein. Auch der Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer (FTT), welche die Europäische Kommission im September 2011 vorgelegt hat, kann nur als einen Teilerfolg für die Organisationen (z. B. ATTAC) gelten, die schon lange für eine solche Steuer kämpfen. Denn diesen Vorschlag sieht die FTT nicht explizit als ein Mittel zur Spekulationsbekämpfung und bleibt sehr vage in Bezug auf die Verteilung der erzielten Einnahmen. Noch verhängnisvoller scheint jedoch die ablehnende Haltung einiger Mitgliedsstaaten (darunter Großbritannien, Schweden und die Niederlande) zu sein.

Um den Finanzsektor zu einem stabilen Teil der Wirtschaft zu machen, fordert die EuroMemo-Gruppe eine tiefgreifende Reform. Die Ausdehnung des Finanzsektors soll eingeschränkt werden, Geschäfts- und Investmentbanken wieder getrennt und in ihrer Größe begrenzt werden. Die anderen Akteure der Finanzmärkte, wie Hedge Fonds oder Private Equity Fonds, sollen strikt reguliert werden. Der Handel mit undurchsichtigen spekulativen Produkten, wie Derivaten, soll strikt standardisiert und reguliert werden. Nicht zuletzt soll das Oligopol der Ratingagenturen durch die Schaffung einer europäischen öffentlichen Ratingagentur gebrochen werden.

Fazit: Die Diskussion um Alternativen muss weitergehen

Wie die hier dargelegten Kernpunkte des EuroMemorandums belegen konnten, bestehen durchaus auch in der Euro-Krise Alternativen zur Politik der europäischen Regierungseliten. Dies aufzuzeigen ist der Hauptverdienst der Ökonomen der EuroMemo-Gruppe. Denn neben einer scharfen Kritik der aktuellen Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zeigt das EuroMemorandum konkrete Alternativen auf: eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der EU, eine nachhaltige Investitionspolitik für die schwachen EU-Mitglieder, ein auf Umverteilung ausgelegter Ausbau der unterentwickelten

Sozialstaaten und eine neue regulierte Finanzarchitektur für mehr Stabilität.

Doch diese Agenda wirft auch Fragen auf. Einerseits scheint sie doch verblüffend konventionell. Denn eigentlich handelt es sich um eine klassische staatszentrierte keynesianistische Reformpolitik. Stellenweise wird diese zwar durch ökologische Forderungen erweitert, doch bleiben weitere Fragen zur Verträglichkeit von einer europäischen Wachstumspolitik und möglichen Grenzen des Wachstums, Verteuerungen und Endlichkeit von Rohstoffen und Klimawandel relativ unberührt. Andererseits stellt sich trotz der Konventionalität der Vorschläge die Frage nach den Akteuren, die diese umsetzen könnten. Zwar werden verschiedene Aspekte wie die FTT oder eine Investitionspolitik mittlerweile sogar wieder durch sozialdemokratische Parteien auf europäischer Ebene gefordert, doch es scheint trotzdem noch an einer ganzheitlicheren politischen Strategie zu fehlen, wie alle diese Vorschläge ein soziales und nachhaltiges Europa schaffen könnten. Neben einer solchen noch zu gestaltenden Vision eines „anderen Europas“ braucht es jedoch auch eine neue strategische Kon-

stellation von gesellschaftlichen Akteuren und Parteien, welche die Schlagkraft haben, eine solche Veränderung herbeizuführen. In den nächsten beiden Jahren stehen in den beiden Staaten, die momentan die europäischen Entscheidungen dominieren, wichtige Wahlen an. Es bleibt abzuwarten, ob diese nur bessere Verwalter der jetzigen Politik hervorbringen oder nicht doch Ausgangspunkt für eine radikale Reform der EU bilden könnten. ♦

Das EuroMemorandum, welches dieses Jahr von über 450 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern unterstützt wird, ist in mehreren Sprachen kostenlos abrufbar: www.euromemo.eu

1 Auch wenn im weiteren Verlauf die männliche Form verwendet wird, so sollte doch erwähnt werden, dass die EuroMemo-Gruppe auch durch engagierte Ökonominen getragen wird. Stellvertretend seien hier Marica Frangakis des Nicos Poulantzas Instituts aus Athen und Miren Etxezarreta der Universidad Autónoma aus Barcelona genannt.

2 Es sei erwähnt, dass das EuroMemorandum 2012 sich neben diesen Themen auch mit der Gemeinsamen Agrarpolitik, den europäischen Nachbarschaftsbeziehungen sowie der Außenhandels- und Entwicklungspolitik beschäftigt.

Illustration: Isabelle Van Driessche

